

Dokumentation

1. Mai 1992

Internationale 1. Mai-Veranstaltung in Nürnberg

Rede von Vertreter der cubanischen Botschaft

Rede eines Vertreters der Kommunistischen Plattform in der PDS

Rede des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Rede der DKP - Gostenhof

gemeinsame Rede von
Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend - Nürnberg
und der SDAJ - Nürnberg

Herausgegeben von:
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD - Ortgruppe Nürnberg

presserechtlich verantw.: M. Hirdes, Denisstr. 21, 85 Nbg 80; E.i.S.



***İrkçılığa, Miliyetçiliğe ve
Savaşa karşı!***

***Küba ve Kürt halkının
mücadelesi ile dayanışmaya!***

***Kapital iki alternatif gösteriyor
"ya Sosyalizm yada Barbarlık"
(Rosa Luxemburg)***

Enternasyonal 1 Mayıs Gecesi

Konuşmacılar:

**Küba büyükelçiliğinden bir yetkili
ilhak edilen DDR'den PDS komünist platformundan bir yetkili
ERNK (Kürdistan Ulusal Kurtuluş Cephesi) dan bir konuşmacı**

Ayrıca

**KPD nin yeniden inşası için işçiler Birliği'nden kısa konuşma / DKP Gostenhof'tan kısa konuşma /
Devrimci İşçi (Türkiyedeki halk direnişlerine ilişkin Film) / Devrimci Gençliğin Birleşme inisiyatifi ve
SDAJ (Gençliğin militarizme karşı mücadelesi ve Philipp Müller'in 40. ölüm yıldönümü üzerine
açıklamalar)**

Kültür Programı:

**Ali Asker
Sıla Kültür merkezi halk dansları grubu
Kürdistan Sanat ve Kültür merkezi Kültür grubu
Ajitasyon ve propaganda grubu "Zündstoff" ("Socialismo o muerte", Küba ile dayanışma programı)**

1-Mayıs saat 16.00

**Nachbarschaftshaus Gostenhof
Adam-Klein-Straße 6**

Nachbarschaftshaus'un bahçesi (kötü hava durumunda Büyük salon)

Çocuk bakımı tarafımızdan ayarlanmıştır

Düzenleyenler:

**KPD nin yeniden inşası için işçiler Birliği Nürnberg / DKP Gostenhof (Alman Komünist Partisi
Gostenhof) / Devrimci İşçi Nürnberg / Devrimci Gençliğin Birleşme inisiyatifi / Kürdistan Sanat ve
Kültür merkezi / Kulturluş Nürnberg / SDAJ Nürnberg (Alman Sosyalist işçiler Birliği)**

DGB-Yürüyüşü: Saat 10.00 Kopernikusplatz



Gegen Rassismus, Nationalismus und Krieg!

**Solidarität mit dem Kampf des cubanischen
und des kurdischen Volkes!**

**Das Kapital zeigt die Alternative:
"Sozialismus oder Barbarei"
(Rosa Luxemburg)**

Internationale 1. Mai-Veranstaltung

mit

einem Vertreter der cubanischen Botschaft

einem Vertreter der Kommunistischen Plattform in der PDS aus der annektierten DDR

einem Vertreter der kurdischen Befreiungsbewegung

und Beiträgen u.a.

vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD / DKP Gostenhof / Devrimçi İşçi (Filmausschnitte und Berichte über den Widerstand in der Türkei) / von der Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend zusammen mit der SDAJ (über den Kampf der Jugend gegen Militarismus, zum 40. Todestag von Philipp Müller)

Das Kulturprogramm wird gestaltet von

Ali Asker

der Folkloregruppe des Sila Kulturzentrums

der Kulturgruppe des kurdischen Kunst- und Kulturzentrums

der Agitpropgruppe "Zündstoff" ("Socialismo o muerte", ein Solidaritätsprogramm zu Cuba)

1. Mai ab 16.00 Uhr **Nachbarschaftshaus Gostenhof**
Adam-Klein-Straße 6

In Hof und Räumen des Nachbarschaftshauses, bei schlechtem Wetter im großen Saal.

Für Kinderbetreuung ist gesorgt!

Zur Veranstaltung laden ein:

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD - Ortsgruppe Nürnberg / DKP Gostenhof / Devrimçi İşçi Nürnberg / Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend / Kurdischer Kunst- und Kulturverein / Kurtuluş Nürnberg / SDAJ Nürnberg

DGB-Demonstration: 10.00 Uhr Kopernikusplatz

Rede von Camilo Garcia auf der Internationalen 1.Mai-Veranstaltung in Nürnberg 1992

Guten Abend liebe Freunde,

ich möchte zunächst Danke sagen an alle, die heute gekommen sind, die eine so schöne Seite in der Geschichte der Solidarität heute schreiben, die Künstler, die deutschen Freunde, die Freunde aus Kurdistan und alle die es ermöglicht haben.

Man hat mich gebeten, etwas über die heutige Lage in Cuba zu sagen und darüber könnte man hier stundenlang reden. Keine Panik, ich werde Euch nicht langweilen und nur die wichtigsten Sachen erwähnen. Wie Sie alle wissen, es kostete Blut und Leid damit unsere Revolution im Jahre 1959 siegte. Gegen eine der schlimmsten Diktaturen Lateinamerikas. Das hat unser Volk aber geschafft und als eine antiimperialistische Unabhängigkeitsrevolution, die mit der Invasion von USA 1962 eine sozialistische Revolution mit einem sozialistischem Charakter erklärt wurde. Und den Sozialismus anerkannte als den einzigen Weg, um ein Land der dritten Welt zu entwickeln. Die Geschichte danach hat gezeigt, daß das genauso war. Die Marktwirtschaft hat bis heute kein Problem in Lateinamerika und auch nicht in der dritten Welt gelöst. Da komme ich schon wieder ein bißchen zurück, durch diese sozialistische Revolution haben wir ganz wichtige Sachen, die ganz selten in der dritten Welt sind, erreicht - nämlich, daß ein ganzes Volk jeden Tag essen kann, das hohe Bildungsmöglichkeiten hat, kostenlose Gesundheitsversorgung, bezahbare Wohnungen und ein paar Sachen mehr, die lebensnotwendig sind. Und die, wie gesagt, ganz selten in der dritten Welt sind - wo Millionen von Menschen unter Leid, unter Elend und Armut leben. Jahrelang haben wir auch einen sehr fairen Handelsaustausch mit den ehemaligen sozialistischen Ländern geübt. Vorbildlich für die Beziehungen, die Handelsbeziehungen zwischen einem entwickelten Land und einem armen Land. Und gleichzeitig haben wir von 1960 an auch diese Blockade von USA, die schon so früh anfang - vor 32 Jahren - überstanden.

Heute ist die Lage noch schwieriger. Heute haben nicht nur die Blockade von USA, diese absichtliche Blockade von USA, sondern eine neue Blockade durch den Fall des Handels mit den sozialistischen Ländern, die ja überhaupt nicht mehr existieren. Wir haben alle Maßnahmen getroffen - schon vor langem - um die Entwicklung des Landes weiterzumachen, auf eigenen Kräften/Füßen zu stehen. Und die Möglichkeit besteht. Die Pläne sind gemacht. Es sind schon Erfolge erreicht worden. Von 1990 -92 hat sich z.B. unsere landwirtschaftliche Produktion um 64% gesteigert durch die Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft. All diese Sachen, die nur mit Sozialismus erreicht werden können in einem armen Land. Wir sagen und wir sind überzeugt, daß der einzige Weg den wir haben ist: den Sozialismus zu verteidigen. Natürlich das wissen die USA auch, und deshalb machen sie alles möglich, um uns zu stürzen. Die Verschärfung der Blockade, die vor kurzem Bush angekündigt hat, terroristische Anschläge, bezahlt vom CIA natürlich, durch eine riesige Pressekampagne gegen Cuba; in allen möglichen Richtungen versuchen sie uns wieder zu kriegen, und uns wieder in die Abhängigkeit von USA zu zwingen. Diese Würde, diese nationale Identität, die Möglichkeiten der Selbstbestimmung, auch die Errungenschaften sind wir bereit mit jedem Mittel zu verteidigen.

Man empfiehlt uns jetzt Marktwirtschaft. Dieselbe Marktwirtschaft, die es heute z.B. in der Türkei gibt, die es heute in Bolivien, in Haiti, in Puerto Rico, in der ganzen dritten Welt gibt. Wovon die Völker überhaupt nichts haben. Das können nur die USA glauben, daß wir dem folgen werden. Natürlich, es nähert sich viel mehr, und es gibt viele Anzeichen dafür, daß die USA weiter alles tun werden uns zu stürzen. Und da kann man eine militärische

Invasion nicht ausschließen. Ich kann Ihnen nur im Namen des cubanischen Volkes, das in Millionen die cubanische Revolution unterstützt, hier gewährleisten oder versprechen, daß, sogar wenn wir von USA angegriffen werden, wir bis zum Tode kämpfen. Nicht einfach, weil wir Selbstmord praktizieren wollen, sondern weil die Unabhängigkeit unseres Landes uns viel mehr Wert ist als das Leben. Natürlich - was würden unsere Kinder sagen wenn sie erfahren, daß wir den Mut nicht hatten, das zu verteidigen.

Was für eine Zukunft hätten unsere Kinder und wir selbst in einem Land in den Händen der USA? Überhaupt keine schöne Zukunft. Deshalb sagen wir, und wir meinen es auch ernst, Sozialismus oder Tod. Vom Sozialismus wird der Tod nicht kommen. Der Tod wird vielleicht von den Gegnern kommen. Und da ist auch eine wichtige Bemerkung zu machen und das wissen zum Glück auch die Gegner und am meisten die USA. Wir sind nicht nur bereit zu sterben, sondern auch bereit zu töten. Und es wird nicht leicht sein, Cuba zu "befreien", wie Bush vor kurzem angekündigt hat. Befreien heißt für ihn, Cuba wieder in die Hände der USA zu bekommen.

Ich bin gerne bereit Fragen zu beantworten und möchte gerne vor dem Schluß meiner Rede herzliche, solidarische Glückwünsche an die deutschen und kurdischen Freunde richten.

Rede von Heinz Marohn

Vertreter der Kommunistischen Plattform in der PDS

auf der Internationalen 1. Maiveranstaltung 1992 in Nürnberg

Liebe Genossinnen und Genossen,
es fällt etwas schwer nach diesen temperamentvollen Tänzen, wieder eine Rede zu halten. Ich hätte gern mitgetanzt. Früher wäre es möglich gewesen, vielleicht nicht mit diesem Schwung. Heute geht es gar nicht, weil mich ein Bundespolizist im vorigen Jahr auf dem Bürgersteig niedergefahren hat. Nun stehe ich mit dieser "Gehilfe" vor euch. Bisher benötigte ich zwei Stöcke, ich habe also schon einen Fortschritt erreicht. Einen Fortschritt nicht im Sinne gesellschaftlicher Veränderungen, sondern einfach des körperlichen Zustandes. So "stabilisiert" war ich heute vormittag in Frankfurt bei der Demonstration dabei. Ich wurde gebeten, euch herzliche Grüße von den Genossen aus Frankfurt zu übermitteln. Vor allem aber, herzliche freundschaftliche Grüße von den Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Plattform der Partei des Demokratischen Sozialismus.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nur einige Gedanken zu eurer Maifeier beitragen. Mir ist es lieber, wenn wir nachher in der Diskussion eine Reihe spezieller Fragen miteinander bereden könnten.

Ich möchte zunächst auf folgendes aufmerksam machen. Vor circa zwei Jahren, als in der damaligen DDR Wahlen vorbereitet wurden, hat die CDU eine Musterwahlrede an ihre Mitglieder herausgegeben, in der es hieß: Keinem wird durch die Vereinigung etwas weggenommen. Niemand muß auf etwas verzichten. Es wird keine Steuererhöhungen geben. Die D-Mark bleibt stabil. Kein Arbeitsplatz wird gefährdet.

Wenn wir diese Versprechungen unter der heutigen Lage betrachten, dann können wir nur sagen, ohne zu übertreiben, eine Lüge reiht sich an die andere.

Die Wirklichkeit ist, massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen in der ehemaligen DDR - 3,5 Millionen Arbeitslose -, Mietpreis- und Steuererhöhungen. Not zieht in dieses Gebiet ein und die Menschen werden gedemütigt, unterdrückt, beschimpft und werden als die "tumben Deutschen" in diesem Lande bezeichnet, die alles erst nachlernen alles erst nachholen müssen. Es bestehen unterschiedliche Verdienstabrechnungen, die Arbeitenden in der DDR verdienen nur 60% bis höchstens 80% dessen, was ein zu vergleichender Arbeiter oder Angestellter in der Alt-Bundesrepublik erhält. Das ist nur einiges aus der gegenwärtigen Situation.

Mit diesem Vernichten und Plattmachen ist verbunden der Angriff der Herrschenden auf die Identität der ehemaligen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Identität soll zerstört werden, nach dem alten Vorgehensmuster des Kapitals gegenüber anderen Völkern: Niemand soll mehr an seine bisherige Heimat denken, glauben oder von ihr träumen, sondern alles, was den Menschen bewegt hat, woran er mitgearbeitet hat und beteiligt war, wird kaputtgemacht.

Tausende Lehrer, Wissenschaftler und andere Menschen sind ausgegrenzt, sind aus dem materiellen und geistigen Arbeitsprozeß hinausgeworfen. Betriebe vernichtet, Kulturstätten zugemacht, ein ganzes System ist wirksam, die ehemaligen DDR-Bürger zu zerstören, niederzumachen, unterzuwalzen. Es geht mir nicht um DDR-Nostalgie, darum einige Schlußfolgerungen aus dieser Situation.

Drei Erkenntnisse sind anzumelden:

Erstens, der gewaltsame Weg der "Vereinigung" nach Artikel 23 des Grundgesetzes hat sich nicht bewährt. Es wäre besser gewesen, nach den damals vorhandenen Vorschlägen zu verfahren und ein gleichberechtigtes Zusammenwachsen dieser beiden Teile Deutschlands zu gestalten und so zu einer Gemeinsamkeit zu gelangen.

Zweitens zeigt sich, die gegenwärtig Herrschenden sind nicht in der Lage eine Politik zu betreiben, eine Politik zu betreiben, im Sinne des gesamten deutschen Volkes und auch im Interesse der europäischen Völker. Beschränkt ist der Weg des Großdeutschlands in Europa bzw. soll Europa den Charakter von Großdeutschland annehmen.

Drittens ist festzustellen, daß mit dem Fall der steinernen Mauer in Berlin und quer durch das Land nicht die eigentlichen Widersprüche und Gegensätze beseitigt wurden. Im Gegenteil! Neue Widersprüche, neue Gegensätze entstehen, Soziale. Es sind die Widersprüche zwischen Ost und West, die Widersprüche zwischen oben und unten, zwischen arm und reich. Diese werden größer und werden höher als die ehemalige Mauer. Und das insbesondere auch im Zusammenhang mit der Kälte hier im westlichen Teil dieses Landes, die ausstrahlt wiederum auf die Menschen in Ostdeutschland. Das Kolonialisierungssystem und das Gehabe einiger Vertreter der Altbundesländer macht die Menschen zu Menschen zweiter Klasse, die am Rande des "Aufschwunges Ost" stehen.

Liebe Freunde und Genossen, einen zweiten Gedanken, den ich hier vortragen will. Wir dürfen natürlich nicht stehenbleiben, bei der Beschreibung der Situation. Nur Beschreibung und nur Kenntnisnahme der Situation hemmt uns, legt uns lahm, führt hinein in Lethargie. Zu stellen ist die Frage, gibt es einen Ausweg? Und ich sage, wie viele andere auch, ja, es gibt einen Ausweg. In dieser Entwicklung die jeder miterlebt, ist erkennbar geworden, der Kapitalismus vertritt nicht die Interessen der Menschen. Profitlogik ist gegen die Menschen gerichtet. Und alles Gerede von einem Aufschwung, von einem Licht am Ende des Tunnels und was sonst noch in dieser Art geredet wird, stimmt einfach nicht.

Wir müssen diesen Ausweg suchen und ihn auch finden. Dann müssen wir ihn entschlossen beschreiten. Ich sehe den Ausweg in der Tatsache, daß der Kapitalismus nicht reformierbar ist, sondern daß er überwunden werden muß. (Beifall) Es ist eine Alternative zu diesem Kapitalismus zu schaffen und diese kann nur heißen: Sozialismus.

Alle die davon reden, der Kommunismus, der Sozialismus sei tot befinden sich auf einem Holzweg. Nein, sie leben in den Köpfen von tausenden und abertausenden Menschen, sind eingegraben in deren Herzen. Es kommt nur darauf an, die Menschen aus einer gewissen Lethargie herauszuführen, sie zusammenzuführen, sie zu vereinen, um den Großangriff des Kapitals und der Regierung entgegenzustellen die Generalstrategie aller linken Kräfte, aller marxistischen, aller kommunistischen und auch aller linken demokratischen Kräfte.

Diesen Weg zu beschreiten, soll eigentlich auch der Inhalt des 1. Mai sein, den die internationale Arbeiterklasse im 102. Jahr auch hier in Nürnberg begeht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich meine, es ist an der Zeit, alle Kräfte zusammenzuführen. Zu organisieren ist der politische und soziale Widerstand gegen dieses menschenverachtende System. Viele kämpfen schon - auch in der ehemaligen DDR - jedoch ist noch nicht die Mehrheit überzeugt von der Losung: "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt." Wir, die Genossen der Kommunistischen Plattform sagen: Man muß sich wehren! Nur im gemeinsamen Kampf ist diese kapitalistische Gesellschaft überwinden. Und deshalb sage ich, kämpfen ist unsere Aufgabe, kämpfen ist das Anliegen aller derer die hier versammelt sind. Also kämpfen wir gemeinsam.

Darum: Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht. In der internationalen Solidarität! (Beifall)

Rede des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD auf der Internationalen 1.Mai-Veranstaltung in Nürnberg , 1.Mai 1992

Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

es freut mich ganz besonders, an diesem 1.Mai in Nürnberg zu sein. Das hat zwei Gründe. Der erste Grund ist, daß dieses Meeting am internationalen Kampftag der Arbeiterklasse im kleinen der (lebendige) Ausdruck einer großen Sache ist. Ich meine damit die Sache der sozialistischen Weltrevolution. Diese Sache lebt, indem Menschen sich nicht mit ihrer Lage unter der Herrschaft des Imperialismus abfinden und indem Menschen das verteidigen, was sie an gesellschaftlichem Fortschritt erreicht haben. Eben dafür steht das revolutionäre Cuba, das im zweiten Teil dieses 1.Mai-Meetings sprechen wird.

Der zweite Grund, warum es mich freut, an diesem ersten Mai in Nürnberg zu sein, ist, daß die Veranstaltung von mehreren revolutionären Organisationen getragen und durchgeführt wird.

Meine Freude, an einer derart beschaffenen Veranstaltung am 1.Mai teilnehmen zu können, hat zweifellös etwas damit zu tun, wie sich mir die gegenwärtige Lage darstellt.

Was ist es denn, was wir gegenwärtig tatsächlich erleben? Was wir gegenwärtig erleben, ist nicht der Bankrott des Sozialismus, sondern der Bankrott des Kapitalismus. Und zwar aus zwei Gründen:

1.) Was in diesen Jahren in Osteuropa und der Sowjetunion bankrott ging, war nicht der Sozialismus. Sondern was bankrott ging, war die Preisgabe des Sozialismus, die Abkehr vom Sozialismus. Was mit Chruschtschow in der Sowjetunion begann, war ja nicht der Versuch, es "irgendwie" anders als zu Zeiten Stalins zu machen. Sondern von Chruschtschow bis Gorbatschow wurde versprochen, den Sozialismus dadurch zu "verbessern", daß man (wieder) mehr Kapitalismus einführt. Mehr als 30 Jahre bestand Gelegenheit zu beweisen, was das "mehr an Kapitalismus" bringt. Als die Versprechungen nicht in Erfüllung gingen, wurde das darauf geschoben, daß es noch zu wenig Kapitalismus sei und daß es erst bei wirklich durchgreifenden kapitalistischen Reformen besser werde. Aber es wurde nicht besser, sondern das einzige, was tatsächlich erreicht wurde, war, daß die Arbeiter und das Volk getäuscht werden konnten. Kürzlich wurde in der ehemaligen Sowjetunion eine Umfrage gemacht, in der die Menschen gefragt wurden, ob sie damals auch dann für die Gorbatschowschen Maßnahmen gewesen wären, wenn sie gewußt hätten, was dabei heute herausgekommen ist. Die Mehrheit sagte: Nein. Und berichtet hat von dieser Umfrage einer, der selbst auf Gorbatschow gehofft hatte, nämlich der berühmte sowjetische Dramatiker Michael Schatrow, und zwar auf dem internationalen Kongreß, der Anfang dieses Jahres in Berlin zusammentrat und sich mit dem weiteren Weg eines Zuges beschäftigte, der 1980 auch durch Nürnberg zog, also dem "Anachronistischen Zug" von "Freiheit und Democracy".

Daß die heutigen Resultate nicht das Ergebnis von 30 Jahren Kampf für den Sozialismus, sondern das Ergebnis einer fortschreitenden Abwendung vom Sozialismus sind, ist bestimmt kein Grund für Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit. Auch nicht bei denen, die schon lange auf diese Entwicklung hingewiesen haben. Ich sehe vielmehr allen Grund, mit den Revolutionären die Zusammenarbeit und den solidarischen Meinungs Austausch zu suchen, die wie die cubanischen Genossen sagen: Man kann den Sozialismus nur verbessern, indem man ihn beibehält!

2.) Der Bankrott des Kapitalismus in unserer Zeit wird gänzlich unübersehbar, wenn dem Kapitalismus nichts mehr als der Kapitalismus im Wege steht!

Das wird besonders deutlich, wo dem Kapitalismus alles zur Verfügung steht, was zum Produzieren gut ist: Arbeitskräfte, Maschinen und flüssiges Kapital. All das ist in dem neuen, größeren Deutschland, d.h. in der durch die Einverleibung der DDR vergrößerten BRD reichlich vorhanden. Die Arbeitskräfte in der annektierten DDR sind gut ausgebildet. Die Maschinen mögen veraltet und abgenützt sein. Aber flüssiges Kapital, um die Maschinen zu modernisieren, ist ja wahrhaft genug herausgeholt worden aus den Arbeitern in der BRD und den Arbeitern weltweit, die für das deutsche Kapital arbeiten. Tatsächlich fließt Geld von West nach Ost, aber nicht von den Konten der Unternehmer, sondern aus den Staatskassen. In diesem Jahr sollen es 218 Milliarden sein. Das sind bei 15 Millionen Menschen in der annektierten DDR 14.00 DM pro Kopf im Jahr. Davon hätte sich jeder DDR-Bürger aber leicht einen Videorecorder und vieles mehr leisten können, und es ist unter dem Gesichtspunkt der kapitalistischen Konkurrenz gar nicht auszumalen, welche Wettbewerbsfähigkeit die DDR-Industrie damit hätte

erlangen können. Ihr erinnert Euch noch, welches Aufheben damals von dem Milliardenkredit gemacht wurde, den Franz Josef Strauß eingefädelt hat. Das war eine Milliarde und das auf Kredit. Heute sind es, wie gesagt, 218 Milliarden pro Jahr, ohne daß ein Ende der Arbeitslosigkeit und des Produktionsstillstandes in der annektierten DDR abzusehen wäre. Ich wage zu sagen: Jede Million, die das cubanische Volk mehr zum Investieren hätte, würde ihm mehr bringen, als das Mehrfache davon heute den Menschen in der annektierten DDR bringt!

Das also soll der angebliche Triumph des Kapitalismus über den Sozialismus sein! In Wirklichkeit werden wohl auch größere Fehlplanungen und Versäumnisse im Sozialismus nicht zu einer derart unproduktiven Mittelverwendung führen wie bei den 218 Milliarden, die schon deswegen in die "neuen Ostprovinzen" (wie ein Frankfurter Geldmann die "5 neuen Bundesländer" nannte) geschickt werden müssen, damit die dort arbeitslos gemachten etwas zum Essen und zum Anziehen haben (nur 55 der 218 Milliarden werden überhaupt für Investitionen und Investitionszuschüsse verwendet).

Daß wir es beim Kapitalismus mit einem niedergehenden Gesellschaftssystem zu tun haben, zeigt der Vergleich mit früheren Zeiten, allerdings viel früheren Zeiten, nämlich dem 19. Jahrhundert, wo der Kapitalismus mit dem, was er in seinen Besitz brachte, aufblühte. Heute gleicht das deutsche Kapital dagegen einem betagten Raubtier, das ein paar Fetzen aus der erlegten Beute herausreißt, um dann wehklagend vor dem großen Rest der Beute zu sitzen. Das ist aber bestimmt kein Grund für uns, uns zurückzulehnen und der Dinge zu harren, die kommen werden! Denn gerade die Unfähigkeit, die bekommene Beute zu verwerten, macht hungrig auf weitere Beute! Die DDR war verblüffend leicht zu kriegen. Aber niemand weiß, welche Beute noch ohne Krieg zu bekommen sein wird!

Die Angst vor Großdeutschland geht wieder um in Europa. Oder wie, glaubt Ihr, kam es zu dem Umschwung in England, d.h. daß die "Konservativen" die Wahl gewannen, obwohl in allen Meinungsumfragen die "Labour-Party" vorne gelegen hatte? Passiert war nichts in England, was diesen Umschwung erklären könnte. Passiert war etwas in der BRD, nämlich die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, und einen Tag vor der Wahl in England war in der Süddeutschen Zeitung zu lesen: "Kenneth Baker, Innenminister auf Abruf (...) verweist auf die Ergebnisse in Stuttgart und hört auf Europas Straßen die Nagelschuhe der Faschisten" (SZ, 8.4.92, S.4). Der Konservative Baker ist wahrlich alles andere als ein fortschrittlicher Mensch. Aber es wäre nicht das erste Mal in diesem Jahrhundert, daß die Erfolge der Reaktion in Deutschland die Menschen in anderen Ländern in die Hände von Reaktionären treiben!

"Die deutschen Kapitalisten wollen keinen Krieg", schrieb Bertolt Brecht, sondern ich zitiere weiter: "Sie müssen ihn wollen". Hans Dietrich Genscher will sicher keinen Krieg (was ihn nicht daran gehindert hat, den Bürgerkrieg in Jugoslawien anzuzünden). Aber er, der sicher nicht aus Bescheidenheit zurücktrat - schließlich hat er sich noch vor kurzer Zeit als "größter Außenminister aller Zeiten" tituliert - hat es nicht einmal zwei Jahre im Amt des Außenministers des Deutschland ausgehalten, das er an vorderster Front durch Überrumpelung und Erpressung mitzuschaffen half! Tatsächlich eckt der (neue) deutsche Koloss dauernd so sehr an, daß es für ihn womöglich geradezu zur "befreienden Tat" würde, wenn er in ein kriegerisches Kräftemessen verwickelt würde. Innenpolitisch scheint dieses Deutschland im Gefolge der Annexion der DDR sowieso so sehr zerissen, daß die Kittung der Risse nur durch "äußere Feinde" erfolgen kann.

Es genügt nicht, daß unsere Einsichten Tag für Tag deutlicher bestätigt werden. Der Bankrott des Kapitalismus führt nicht zwangsläufig und allein auf dem kürzesten Weg zum Sozialismus. Der Niedergang des Kapitalismus vergrößert die Gefahr für Leib und Leben, und nur im Kampf gegen diese Gefahren, im Kampf für das heute und jetzt zu Tuende werden wir an die sozialistische Revolution herankommen.

Ich danke Euch für Euere Aufmerksamkeit.

Es lebe der 1. Mai!

Es lebe Cuba und das Festhalten an der sozialistischen Revolution!

Es lebe das gemeinsame Handeln der Revolutionäre hier und überall auf der Welt!

Im Namen von Helge Sommerrock (ZK-Mitglied), die wegen Eisenbahner-Streik steckenblieb, verlesen von Genossen Volker (Ortskomitee Nürnberg)

Redebeitrag der DKP Gostenhof auf der Internationalen 1.Mai-Veranstaltung in Nürnberg 1992

Seit langem füllt sie alle Medien, die "Asyldebatte", in der sich Regierungsparteien ebenso wie SPD-Opposition einig sind über ihr Ziel, Flüchtlingen die Aufnahme in der BRD zu verweigern, aber noch heftig darüber streiten, ob nun eine Grundgesetzänderung oder eine Einwanderungsquotierung die besseren Möglichkeiten dazu hergibt. Die Verschärfungen im Asylverfahren, die den Betroffenen kaum noch Möglichkeiten lassen, Fluchtgründe darzustellen und zu belegen, sind auch schon längst abgesegnet.

So werden in den Medien Asylantenströme heraufbeschworen, obwohl in der BRD im Vergleich zu anderen Ländern, erst recht zu den Ländern des Trikont, sehr wenige der Menschen kommen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend fliehen.

Auch versucht man die Flüchtlinge aufzuteilen in politische und Wirtschaftsflüchtlinge; haben schon die politischen wenig Chancen auf Anerkennung, wenn sie wie die Kurden in ihrem Land von der türkischen Regierung mit deutschen Waffen verfolgt und bekämpft wurden, so sollen die, die vor dem nackten Hunger geflohen sind in die reiche BRD, die durch die ungerächten Welthandelsbeziehungen in hohem Maße mitverantwortlich ist für den Hunger in zahlreichen Ländern der Erde, möglichst gleich an der Grenze wieder zurückgeschickt werden. Nötigenfalls mit Gewalt.

Aber auch von den Aussiedlern aus Osteuropa, früher gezielt ins Land geholt, kriegen heute längst nicht mehr alle den begehrten deutschen Paß und damit gleich eine eigene Wohnung, einen Arbeitsplatz.

Wir meinen, die BRD, eine der führenden Industrienationen in der Welt, wäre ohne weiteres in der Lage, allen derzeit bei uns lebenden Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Stattdessen werden sie in Turnhallen und Containerlager gepfercht und sollen in Zukunft auf dem schnellsten Weg abgelehnt und abgeschoben werden.

Selbst ein Einwanderungsgesetz würde nur zu einer Sortierung angewandt werden, die jungen, gut deutsch sprechenden, möglichst noch gut ausgebildeten Menschen, am besten mit weißer Hautfarbe, dürfen ins Land, diejenigen, die Hilfe am nötigsten hätten, bleiben draußen. Gesetze des Kapitalismus.

Ein Rasismus, der hier lebende Ausländer pauschal schon eine Stufe abwertet, und Flüchtlinge nur als Bedrohung einstuft, ist heute schon Realität.

Sie sollten aufrütteln, die letzten Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Die Rechtsradikalen schafften locker den Sprung in die Landesparlamente.

Doch während die Linken allerorts bestürzt über diese zunehmenden Erfolge der Rechten sind, ist die Reaktion bei unseren NachbarInnen oder KollegInnen oft anders. Schadenfreude ist es wohl meist, die den großen Parteien solche Denkkzettel gönnt, da sie sich von deren Politik zunehmend krasser ausgenutzt fühlen. Viele interessieren sich sowieso nicht mehr für Politik, gehen auch selber nicht zur Wahl, weil sie spüren, wie wenig sie selber auf die Politik ihrer sogenannten Volksvertreter Einfluß nehmen können. Und die Rechten in den Parlamenten werden von ihnen bereits als "normal" empfunden.

Zumal deren Positionen wie "Ausländer raus" und "Deutschland den Deutschen" weitgehend von SPD wie CDU/CSU aufgegriffen worden sind, in endlosen Debatten um die Aushöhlung des Asylrechts vorzubereiten wie in der Verweigerung von doppelter Staatsbürgerschaft. Aber auch für fehlende Wohnungen, für die dadurch steigenden Mieten, für Arbeitslosigkeit und ständige Steueranhebungen oder neue Abgaben sollen die Ausländer als Sündenböcke herhalten.

Von den wahren Verursachern dieser Probleme wird - erfolgreich - abgelenkt. Die Miethaie, die preiswerte Wohnungen zugunsten teurerer Eigentumswohnungen vernichten, die Konzernchefs, die Massenentlassungen durchführen, um ihre Produktionsstätten in Billiglohnländer zu verlegen, die scheffeln die Profite, aber die sieht man nicht. Die kungeln mit den PolitikerInnen und spenden für die Parteien, damit diese ihnen den Rücken schön freihalten.

Wir als KommunistInnen, als revolutionäre Linke sind da gefordert, aufzuzeigen, daß sich hier die Klassengegensätze des Kapitalismus zeigen. Wir müssen unseren KollegInnen immer wieder aufzeigen, zu welcher Klasse sie gehören und gegen wen sich ihre berechnete Unzufriedenheit und ihr Zorn eigentlich richten muß. Es ist nötig, wieder ein breites Bewußtsein für den Grundwiderspruch zwischen den Klassen zu entwickeln und denen entgegenzutreten, die davon abzulenken versuchen.

Die Diskussion im betrieb, die Nutzung zugänglicher Medien, vor allem aber die aktive Beteiligung an sozialen und gewerkschaftlichen, wie an antikapitalistischen, antiimperialistischen Bewegungen, z.B. Aktionen gegen den WWG im Juli in München, sind gefragt. Auch bei den derzeitigen Tarifkämpfen und Streiks ist aufzuzeigen, daß 10% mehr Lohn nicht nur dem eigenen Geldbeutel guttun, angesichts ständiger Preissteigerungen, sondern daß dadurch auch der Kapitalistenklasse weniger Mehrwert zufällt, um ihre imperialistische Großmachtspolitik zu betreiben.

Denn es stellt sich die Frage, wann sich die Aggression gegen Ausländer im Land auch in eine Aggression gegen das Ausland wandelt.

Gehalten von Marianne Schweinesbein

Gemeinsamer Redebeitrag der Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend und Nürnberg und der SDAJ auf der Internationalen 1. Mai Veranstaltung in Nürnberg 1992

Ich bin Conni von der Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend Nürnberg und ich Flachi von der SDAJ.

“Sozialismus oder Barbarei”, dieses Wort von Rosa Luxemburg bringt die Situation, in der wir uns und dieses Land - ja sogar die ganze Welt sich befindet auf den Punkt. Viele denken, das sei vielleicht übertrieben, besonders, nachdem der Imperialismus über die Sowjetunion und die Länder Osteuropas triumphiert. Viele sage, der Sozialismus sei besiegt.

Der Imperialismus drückt seinen blutigen Stempel den Völkern der Welt auf. Die USA schlagen verzweifelt um sich um ihre Rolle als Weltgendarm verteidigen zu können. Das neue und eigentlich schon einmal dagewesene Großdeutschland schickt sich wieder an Weltmacht zu werden und diktiert dabei seinen einstigen Kriegsgegner und späteren Verbündeten seine Außenpolitik.

wir meinen - gerade deshalb. Der Kapitalismus zeigt uns überall auf der Welt und nicht nur in der Sowjetunion und Osteuropa, daß er den Menschen nur Tod und Verderben bringt. Daß wir, im Vergleich mit dem Rest der Welt, noch besser dastehen, liegt nur daran, weil von solchen Ländern wie der BRD dieses Herrschaftssystem der Unterdrückung und Versklavung ausgeht.

Entweder schaffen wir den Kapitalismus ab oder aber der Kapitalismus schafft uns ab. Wer den Kampf gegen die Herrschenden nicht teilt, teilt mit ihnen ihren Untergang.

“Einheit statt Einheiten”, das war ein Schlachtruf der antifaschistischen und antimilitaristischen Arbeiterjugendbewegung nach dem Krieg in Deutschland.

Die Städte lagen noch in Schutt und Asche des 2. Weltkriegs, da schickte sich die BRD und ihr Kanzler Adenauer an, eine neue Armee aufzustellen. die Arbeiterjugend führte dagegen einen kompromißlosen Kampf.

Denn, wollte sie nicht wieder mit der Uniform der Kriegsbrandstifter in neue Einheiten aufgestellt werden, brauchte sie dazu die Einheit der Revolutionäre. Der organisierte Ausdruck dieser politischen Einheit war die FDJ, die Freie Deutsche Jugend.

Kann etwas, das 40 Jahre zurückliegt und von vielen Linken keine Beachtung findet für uns interessant, da heißt lehrreich und wichtig sein?

Wir meinen - ja! Interessant für diejenigen, die wissen, daß die Einheit im Kampf für den Sozialismus unerläßlich ist. Wir glauben, daß die meisten hier im Saal dieses Land verändern wollen - und nicht nur durch Reformen.

Als in Deutschland der Faschismus tobte und die Vorbereitungen für den 2. imperialistischen Weltkrieg auf Hochtouren liefen, entstanden im Exil, im Paris und in London, erste Zusammenschlüsse der antifaschistischen Jugend und ihrer Organisationen.

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition, mit der Sowjetunion an ihrer Spitze, gründete sich die sich die FDJ 1946 in allen vier Besatzungszonen. Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose - das war die Einheit, die dem Adenauer-Staat bald das Fürchten Lehrte.

Die revolutionären Jugendlichen stürmten Veranstaltungen der Faschisten und demonstrierten gegen den Korea-Krieg. Sie machten Sprengvorrichtungen an Brücken und strategischen Punkten unbrauchbar und besetzten die Insel Helgoland, die von Bomben zu Übungszwecken in Grund und Boden gesprengt werden sollte.

Uns sie sammelte mit anderen Unterschriften zur Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung (bei der mehr als 9 Millionen Unterschriften zusammenkamen). Die Einheit nützt uns, sie schadet den Bank - und Konzernherrn.

1951 hat die Bundesregierung die FDJ verboten. Und dieses Verbot ist bis heute nicht aufgehoben. Aber so einfach konnte man diese Einheit nicht verbieten.

Schon ein Jahr später, am 11. Mai 1952, fand in Essen eine Demonstration von 30.000 Jugendlichen gegen die Remilitarisierung statt. Kurz davor wollte die Polizei auch dies verbieten. Aber wie will man 30.000 Kriegsgegner verbieten?

Die Polizei ging mit äußerster Brutalität gegen die Teilnehmer vor. Als alles nichts nutzte krachten Schüsse auf Essens Straßen. Die Polizei schoß rücksichtslos in die Menge. Es gibt viele Verletzte und einen Toten.

Phillipp Müller, 21 Jahre, Eisenbahner aus München, Kommunist und Mitglied der verbotenen FDJ, starb im Kugelhagel der Polizei.

Zu seinem Angedenken - und weil der antimilitaristische Kampf gegen Krieg und Rassismus auch heute all unsere Aufmerksamkeit fordert, fahren wir zum 40. Todestag von Phillip Müller am Samstag den 9. Mai nach Essen zur zentralen Demonstration "Gegen Nationalismus - für Frieden und Völkerfreundschaft". Und wir fordern jeden auf mitzukommen. Busfahrkarten und Informationen gibt es bei unserem Büchertisch.

Wir alle wissen, wie nötig die Einheit im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, gegen Rassismus, Nationalismus und Krieg ist. Wir sind dafür gemeinsam auf die Straße gegangen und diese 1. Mai-Veranstaltung sollte der Anfang für eine dauerhafte Zusammenarbeit aller beteiligten Organisationen sein.